

# Gemeinsame Deklaration



Riva del Garda

Sotto l'Alto Patronato della Presidenza della Repubblica

Confederazione Piccoli Comuni dell'Unione Europea  
Confédération des Petites Villes et Municipalités de l'Union Européenne  
Confederation of Towns and Municipalities of the European Union

## Conferenza della Confederazione dei Piccoli Comuni dell'Unione Europea

## V Conferenza dei Piccoli Comuni dell'Unione Europea

29-30 giugno 2011 - Riva del Garda, Italia



Die Gemeinden und Städte in der Europäischen Union traten, gemeinsam mit den sie repräsentierenden Verbänden, zum ersten Mal 2007 in Bordeaux (Frankreich) zusammen, darauf 2008 in Budapest (Ungarn), 2009 in Rheine (Deutschland) und 2010 in Bukarest (Rumänien). **2011 beschlossen sie, ihr Netzwerk durch die Schaffung der Konföderation der Gemeinden und Städte in der Europäischen Union zu institutionalisieren.** Heute vertritt die Konföderation die Bürger der Gemeinden und Städte in der Europäischen Union vor den europäischen Institutionen und möchte durch den nachhaltigen Austausch von Informationen und guten Praktiken zwischen den Gemeinden und Städten der Union zur europäischen Integration beitragen.

**Die Mitgliedsverbände der Konföderation trafen sich vom 29. bis 30. Juni 2011 in Riva del Garda (Italien) zu ihrem fünften Kongress,** um gemeinsame Themen zu diskutieren. Die Mitgliedsverbände der Konföderation der Gemeinden und Städte in der Europäischen Union verabschiedeten die nachstehende gemeinsame Deklaration, die sie den Institutionen der Union sowie allen gewählten Vertretern und Bürgern der Gemeinden und Städte in der Europäischen Union vorstellen werden.

### Für eine ebenenübergreifende Verwaltung

Die Konföderation der Gemeinden und Städte in der Europäischen Union ist der Ansicht, dass die zunehmende Verflechtung der städtischen und ländlichen Gebiete sowie die bestehenden Ungleichgewichte zwischen diesen ein neues Verwaltungsmodell auf europäischer Ebene, insbesondere bei den öffentlichen Leistungen, bedingen. Die Konföderation ist überzeugt, dass die Europäische Union ein übergreifendes Verwaltungsmodell benötigt, das sämtliche Verwaltungsebenen und beteiligten Akteure umfasst.

Daher ist sie der Auffassung, dass ...

- **jeder europäische Gesetzesvorschlag mit einer territorialen Bewertung einhergehen muss**, die es ermöglicht, die Auswirkungen der auf EU-Ebene getroffenen Entscheidungen auf nationaler, regionaler und subregionaler Ebene zu beurteilen;
- **regionale Planungsstrategien, die gleichzeitig die Entwicklung ländlicher und städtischer Gebiete organisieren, unerlässlich sind**: Zu diesem Zweck müssen die Rollen der Verwaltungsakteure auf den verschiedenen Stufen untersucht werden, um Anknüpfungspunkte und Synergien zwischen diesen zu finden. Ferner muss geprüft werden, ob Zweckverbände bestimmte Maßnahmenbereiche und Leistungen, die bisher von den einzelnen Regionen jeweils getrennt geregelt wurden, in sich vereinen können;
- **dieses Modell sowohl auf die beteiligten Akteure** (supranationale, nationale, regionale und lokale) **als auch auf den Entscheidungsprozess** (Beziehungen, Verhandlungen und Konsensfindung) **Anwendung finden** und die übergreifende Koordination von politischen Maßnahmen, die sich auf die Gebiete auswirken, ermöglichen muss;
- in Anbetracht der Tatsache, dass die lokalen Behörden unmittelbar an der Umsetzung der europäischen Maßnahmen beteiligt sind, die **Einbindung der lokalen Vertreter in den gesamten europäischen Entscheidungsprozess notwendig** ist. Der Erfolg europäischer Strategien hängt auch davon ab, wie sehr die lokalen Vertreter die Ziele der Europäischen Union verinnerlichen.

### Für bürgernahe Zweckverbände

Die Konföderation der Gemeinden und Städte in der Europäischen Union fordert außerdem eine Neugestaltung der Beziehungen zwischen öffentlichen Maßnahmen und territorialer Verwaltung:

- **Modelle der lokalen Kooperation (Zweckverbände) bieten effiziente Wege, um gute öffentliche Leistungen**, eine nachhaltige sowie ausgewogene Entwicklung und die Vernetzung der Gebiete **sicherzustellen**;
- **Zweckverbände und andere Formen des Kommunalverbands, die dem Gebietszusammenhalt dienen, müssen gestärkt werden**: Die zwischengeschalteten und lokalen Behörden müssen eine gemeinsame lokalpolitische Gemeinschaft repräsentieren, die sämtliche Ebenen in institutioneller Gleichberechtigung vereint und das Ziel einer besseren Koordination und Kooperation auf verschiedenen Stufen verfolgt. So müssen die oberen Ebenen den lokalen Verwaltungen Unterstützung und Rat zukommen lassen, um den in den Gemeinden und Städten oft bestehenden Ressourcenmangel auszugleichen;
- Die **Konföderation ist hier aber gegen eine die Gemeinden bevormundende Vorgehensweise**. Die Konföderation fordert daher, die Autonomie jeder lokalen Einheit zu respektieren, insbesondere wenn diese Zweckverbände bilden.
- **Empfohlen werden daher Zweckverbände übersichtlicher Größe**, in denen den Gemeinden der Handlungsspielraum gelassen wird, den sie brauchen, um sich um die Belange ihrer Bürger zu kümmern.

### Für eine gerechtere Kohäsionspolitik

Trotz ihrer zahlreichen Stärken haben die europäischen Gemeinden und Städte viele Herausforderungen zu bewältigen. Da sie für viele ihrer Investitionen regelmäßig auf Hilfen der EU angewiesen sind, können sie sich ohne ihre Unterstützung nicht entwickeln. Aus diesem Grunde befindet die Konföderation, dass die Kohäsionspolitik als Zeichen der Solidarität der Europäischen Union gegenüber den schwächsten Bürgern und Regionen auch weiterhin ein Schwerpunkt europäischer Politik bleiben muss.

Daher fordert sie Folgendes:

- **Finanzielle Mittel müssen eindeutig ausgewiesen werden und eine dem Anspruch der Kohäsionspolitik angemessene Höhe aufweisen;**
- **Eine gerechtere Verteilung der EU-Mittel:** Wenn der soziale Zusammenhalt erhalten, gute öffentliche Leistungen garantiert und eine nachhaltige und ausgewogene Entwicklung der Regionen gewährleistet werden sollen, dürfen die europäischen Gelder nicht nur auf Ballungsgebiete konzentriert werden;
- **Die Berücksichtigung der unterschiedlichen Situationen in den europäischen Regionen:** Die Bedingungen für Wirtschaft, Soziales, Demographie und Umwelt unterscheiden sich sehr zwischen den Städten Europas. Während Gemeinden, die das Zentrum eines ländlichen Gebietes bilden, eine Führungsrolle innehaben und viele öffentliche Leistungen übernehmen, hängen Gemeinden im Stadtumland oft vom Stadtzentrum ab. Folglich ist es wichtig, dass auch die europäischen Institutionen die Verschiedenartigkeit der subregionalen Gebiete (Küsten- oder Bergregion usw.) berücksichtigen;
- **Eine Kohäsionspolitik, die sämtliche Regionen der Europäischen Union umfasst:** Auch wenn den Gebieten mit dem meisten Aufholbedarf Vorrang zu gewähren ist, so müssen alle europäischen Regionen ihr Recht auf Kohäsionsmaßnahmen behalten. Nur so kann vermieden werden, dass die subregionalen Ungleichgewichte in der gesamten Union weiter zunehmen. Eine Renationalisierung dieser Politik im Zeitraum 2014-2020 wäre ein gravierender strategischer Fehler, da dies dem Entwicklungs- und Orientierungsansatz des Grünbuchs über die territoriale Kohäsion sowie dem Grundsatz der Subsidiarität widersprechen würde;
- **Eine Politik im engen Sinne der Strategie EU 2020-Strategie:** Die verschiedenen Strategien sind auf Unionsebene zu harmonisieren, um Widersprüche auf Gebietsebene zu vermeiden. Eine Kohäsionsstrategie, deren Hauptbestandteil ein subnationaler Ansatz bleibt, bietet dafür die beste Grundlage;
- **Die Berücksichtigung weiterer Variablen neben dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner bei der territorialen Bewertung:** Das BIP je Einwohner bildet die Verschiedenartigkeit der europäischen Gebiete nur unzureichend ab. Weitere Parameter, insbesondere demographische, soziale und Umweltfaktoren, müssen in die Beurteilung der Regionen einfließen;
- **Besser ausgerichtete Finanzinstrumente, die Gemeinden und Städten den Zugang zu den europäischen Finanzmitteln für ihre Projekte erleichtern:** Nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit müssen Verwaltungszwänge für kleinere Gemeinden und Städte abgebaut werden, da diesen nicht immer die Mittel oder das Personal für die Erstellung von Finanzmittelanträgen für die Union zur Verfügung stehen;
- Auch wenn die Zukunft der europäischen Gemeinden und Städte eng mit dem Schicksal der ländlichen Gebiete und daher auch der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) verbunden ist, so spricht sich die **Konföderation gegen ein Konkurrenieren von GAP und Kohäsionspolitik** aus. Die Zukunft unserer Gebiete hängt nicht nur von der Landwirtschaft ab. Unsere Gemeinden und Städte bleiben nur attraktiv, wenn sie in der Lage sind, auch neuen Bürgern die öffentlichen und privaten Leistungen zu bieten, die ihre Einwohner bereits empfangen.

Die Vorgabe der „**Schaffung einer nachhaltigen sozialen Marktwirtschaft**“ muss den Grundpfeiler der europäischen Politik bis 2020 darstellen. Hierzu braucht es Koordinationsbemühungen im Rahmen der EU-Umweltpolitik: Die nationalen und regionalen Behörden müssen angehalten werden, lokale Behörden stärker in die Erarbeitung politischer Maßnahmen einzubeziehen.

Die Konföderation fordert, **Gemeinden und Städte besser über die Umsetzung dieser Maßnahmen zu informieren**, damit das Gemeindepersonal besser geschult und ihnen die korrekte Umsetzung der europäischen Gesetzgebung ermöglicht werden kann. Dazu werden auf den Bedarf der lokalen Einrichtungen abgestimmte Strukturfonds für den Ressourcen-, Arten-, Hochwasserschutz usw. benötigt.

Hinsichtlich der europäischen Energiepolitik ist die Konföderation der Ansicht, dass **lokale Quellen der Energieerzeugung erschlossen und Bemühungen für die Entwicklung erneuerbarer Energien auf lokaler Ebene verstärkt werden müssen**, damit die Union ein wettbewerbsfähiges Wachstum des Marktes für Energieerzeugung gewährleisten und mittel- bis langfristige Klimaschutzziele aufstellen kann.

### Für ein Europa des Wassers

Die lokalen Behörden sind für die Organisation und die Funktionsfähigkeit von Leistungen zuständig, die im Zusammenhang mit dem Wasserschutz stehen. Die Konföderation der Gemeinden und Städte in der Europäischen Union befürwortet in diesem Sinne:

- **Die Verstärkung der Kommissionsstrategie zur Einsparung von Wasser**, insbesondere in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus, **zum effizienteren Einsatz** (intelligente Netze) und zur **Eindämmung von Verlusten in den Verteilernetzen**. Hierbei muss jedoch auf die regionalen Bedingungen Rücksicht genommen werden, da es Länder in Europa gibt, in denen kein oder kaum Wassermangel herrscht;
- Den **Zugang zu Wasser und Abwasser zu für alle tragbaren Kosten**, wenn nicht sogar ein Solidaritätssystem, das stark benachteiligten Gruppen diesen Zugang ermöglicht;
- Aufgrund der sehr unterschiedlichen Situationen in den Mitgliedstaaten und den Gebieten, **ein besser auf diese abgestimmter und differenzierterer Ansatz, der regionale und subregionale Unterschiede berücksichtigt**;
- **Eine Kohäsionspolitik, die weiterhin Projekte zum Ressourcenschutz** sowie Politik oder Maßnahmen zum optimierten Wassermanagement (Verbrauchskontrolle, weniger Verschmutzung usw.) **unterstützt**;
- **Maßnahmen zur Unterstützung der öffentlichen Wasserwirtschaft**, mit dem Ziel, die sanitäre Versorgung und die Preistransparenz zu verbessern, sowie zur Sorge um die Wassergewinnung. Die Europäische Union muss die Gemeinden folglich technisch und finanziell bei ihren Investitionen unterstützen.

### Für eine bessere lokale Abfallwirtschaft

- **Der Umgang mit Abfällen stellt heute eines der größten Umweltprobleme dar**, insbesondere in den östlichen EU-Mitgliedstaaten. Durch Finanzhilfen zum Schutz der Böden (zum Beispiel über EU-Fonds), die Ausbildung von Angestellten und die Standardisierung von Verfahren muss die europäische Politik die Lösung dieser Probleme vorantreiben.
- **Für biologische Abfälle müssen die Lösungen nicht nur umweltfreundlich, sondern auch wirtschaftlich sein**. So ist zum Beispiel die getrennte Sammlung von Biomüll ein guter Weg, der die Wiederverwertung und ein modernes Energiesystem unterstützt, jedoch erhebliche Kosten für die Gemeinden und Städte verursachen kann. Entscheidungen zur Wiederverwertung von biologischen Abfällen müssen fallabhängig und im lokalen Kontext getroffen werden. In einzelnen Fällen ist zu prüfen, ob die individuelle Kompostierung gegenüber der Sammlung vorzuziehen ist. Die getrennte Abfallsammlung ist folglich von den verfügbaren Alternativen abhängig.

Die unterzeichnenden Verbände legen diese Deklaration den europäischen Institutionen für einen konstruktiven Dialog für ein nachhaltiges und ausgeglichenes Wachstum aller Gebiete der Europäischen Union vor.

**Unterzeichner:**



Nationaler Verband der  
Gemeinden Italiens (ANCI)



Verband der Kleinstädte  
Ungarns (KÖOESZ)



Rumänischer  
Städtebund (AOR)



Verband der Gemeinden  
Ungarns (TÖOSZ)



Deutscher Städte- und  
Gemeindebund (DStGB)



Union der Kleinstädte  
Polens (UMP)



Verband der Kleinstädte  
Frankreichs (APVF)